

Subventionen in Aussicht stellte, versuchte der Erzbischof von Djakarta erneut, das Ideal der UNIKA zu verwirklichen. Aber nun gab es rechtliche Schwierigkeiten. Die als Institut anerkannte Bandung-Universität fürchtete mit Recht, ihre staatliche Anerkennung zu verlieren, wenn sie ihre Fakultäten in die Stiftung UNIKA einbrachte, die vorerst ja nichts in rechtlichem Sinne vor dem Staat bedeutete, und blieb so draußen, während Djogjakarta, dessen einzige Fakultät nur als solche anerkannt war, als Institution ruhig der UNIKA beitreten konnte. So haben sich Djogjakarta, Djakarta, Madiun (und später auch Manado) in der UNIKA vereinigt. Eine rein administrative Föderation aller fünf Einrichtungen konnte nicht erreicht werden. Bandung verteidigt in jeder Hinsicht seinen echten Universitätscharakter. Die UNIKA in der heutigen Form führt nicht weiter. Die Bischöfe von Djakarta, Bogor, Bandung, Surabaya und Manado haben nun bei einer Beratung zu Rom am 18. Oktober 1963 beschlossen, von der Gründung einer einzigen Universität mit regional verteilten Fakultäten abzusehen, vielmehr eine neue Form der Zusammenarbeit zu suchen, die aber auch große Schwierigkeiten bietet. Offensichtlich hat es in der Vergangenheit an einer echten Zusammenarbeit zu dem einen Ziel gefehlt. Auch Rivalitäten von Instituten und Institutionen scheinen hier eine Rolle gespielt zu haben. Die Gründung einer Katholischen Universität im Missionsland ist keine leichte Sache, wie das Beispiel von Formosa zeigt, wo es in diesem Jahr endlich gelungen ist, fünf Fakultäten zu gründen und föderativ-administrativ zu vereinen. Die indonesischen Katholiken sollten hier in die Schule gehen. Sie bedürfen aber auch ausländischer Hilfe. Ein Trost ist, daß sich die Universität in Bandung kräftig entwickelt. Die volkverbundene einheimische Kirche Indonesiens mit ihrer aufsteigenden Schulpfandemokratie braucht angesichts der Gesamtsituation des indonesischen Universitätswesens unbedingt eine hervorragende Hochschule mit allen notwendigen Fakultäten, um ihre Einbettung in den Volkskörper zu vollenden.

Ökumenische Nachrichten

Die Botschaft des Weltrates der Kirchen von Odessa

Die diesjährige Tagung des Exekutiv-ausschusses des Weltrates der Kirchen fand erstmalig auf dem Boden der Sowjetunion bzw. im Bereich der Russischen Orthodoxen Kirche in Odessa statt (10.—14. Februar 1964), gemäß der Regel, die Katholizität des Weltrates damit zu manifestieren, daß die Tagungen seiner leitenden Organe abwechselnd in möglichst allen Gebieten seiner Mitgliedskirchen abgehalten werden. Seit der 3. Vollversammlung in Neu-Delhi 1961 gehören dem Exekutiv-ausschuß an: die sechs Präsidenten des Weltrates: Erzbischof A. M. Ramsey von Canterbury (der in Odessa nicht zugegen war), Kirchenpräsident Niemöller, Wiesbaden, Erzbischof Iakovos von Nord- und Südamerika, New York, Pfarrer David G. Moses, Nagpur-Kirche von Nordindien, Sir Francis Ibiam, Nordnigeria (Laie, Presbyterianer), und Dr. Charkes C. Parlin (USA, Laie und Methodist); ferner vierzehn Kirchenführer: Landesbischof Hanns Lilje, Metropolit Nikodim, Leningrad, Methodistenbischof Barbieri, Argentinien, Prof. J. Hromadka, Prag, Christian Baeta, Ghana, J. R. Chandran, Indien, Dr. Ivy Chou, Nordborneo (Methodist), Erzbischof Woods von Melbourne (Anglikaner), Alfred Carle-

ton (United Church, USA), Irvin Miller (Disciple of Christ, USA), Dr. E. C. Blake (Presbyterianer, USA), die Anglikanerin Kathleen Bliss, London, und der lutherische Erzbischof Hultgren, Uppsala; dazu als Vertreter des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel Metropolit Iakovos von Philadelphia (Kleinasien). Den Vorsitz führte der amerikanische Lutheraner Dr. Franklin Fry, zugleich Präsident des Zentralausschusses. Diese Zusammensetzung, zu der noch die leitenden Personen des Genfer Generalsekretariats kommen, hat ein wenig auch den Inhalt der Beschlüsse bestimmt.

Kritik am Konzil

Außer den Routineangelegenheiten stand vor allem, gemäß vorheriger Ankündigung, die Entgegennahme eines Berichtes über die Zweite Session des Vatikanischen Konzils mit einer gewissen Stellungnahme zur Begegnung von Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras I. in Jerusalem auf der Tagesordnung. Damit war gegeben, daß man sowohl zu dem Vorschlag des Patriarchen an den Papst vom 28. Dezember 1963, er möge „als erste Bischof der Kirche“ eine allchristliche Konferenz einberufen, um gemeinsam über die Fragen der Christenheit und den Kampf gegen den Atheismus zu beraten, etwas hätte sagen müssen wie auch zu der theologisch umfassenderen Botschaft Pauls VI. aus Bethlehem (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 224). Beide Themen wurden aber nicht ausdrücklich berührt, sondern nur indirekt beantwortet, wie wir noch sehen werden.

Den Bericht über das Konzil legte diesmal nicht, wie auf der Tagung des Zentralausschusses in Rochester, Dr. Lukas Vischer vor (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 14 bzw. 43 f.), sondern der griechisch-orthodoxe Konzilsbeobachter des Weltrates, Dr. Nicos Nissiotis, Ökumenische Hochschule Bossey bei Genf. Wie noch am Schluß unseres Berichtes über das ökumenische Echo auf die Pilgerfahrt des Papstes vermerkt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 310), war der Bericht sehr kritisch. Zwar gab Dr. Nissiotis zu, daß eine ökumenische Neuorientierung der römisch-katholischen Kirche im Gang sei, „obwohl sie eine zentralistische und exklusive Ekklesiologie aufrechterhält“. Die Konstitution über die Liturgiereform sei vielleicht das größte Ergebnis des Konzils, „besonders die Betonung der Osterfreude der Auferstehung und der zentralen Bedeutung der Predigt sowie des Gebrauchs der Muttersprache in gewissen Teilen des Gottesdienstes“. Auch das Ökumenismus-Schema sei „ein wahrhaft ermutigendes Zeichen“, weil darin der Ökumenismus einerseits mit der inneren Erneuerung der Kirche und andererseits mit den Gebeten aller Christen verknüpft werde. Aber bis jetzt hätten die Beratungen des Vatikanischen Konzils, besonders über das Ökumenismus-Schema, „bewußt die Hauptschwierigkeit zwischen der römisch-katholischen Kirche und den anderen Kirchen ignoriert“, denn es werde „das nicht in Frage gestellte Prinzip des Gehorsams gegenüber dem römischen Stuhl als dem Mittelpunkt der organischen Einheit der Kirche“ zugrunde gelegt. Das aber sei für die orthodoxen Kirchen „die Wurzel und Basis der römischen Haltung und das grundlegende Hindernis in dem Gespräch mit Rom. Die einzige Möglichkeit einer fruchtbaren ekklesiologischen Diskussion mit Rom hängt von der Annahme des Kirchenbegriffs ab, der Jesus Christus als den einzigen Grundstein versteht.“ Auch der Welt-rat der Kirchen „sei weit davon entfernt, eine monolithische Haltung in Fragen des Glaubens und der Sitte einzu-

nehmen, er bleibe immer offen für die Mannigfaltigkeit der Gaben des Heiligen Geistes“ (EPS, 13. 2. 64).

Orthodoxes Gegenspiel?

Ein Gegenspiel der Orthodoxen war bereits von Erzbischof Iakovos von New York bald nach seiner Rückkehr von der Begegnung mit Papst Paul VI. erfolgt, an der er in Begleitung des Patriarchen Athenagoras teilgenommen hatte. Er hatte zunächst den Kardinalen Spellman und Cushing vorgeschlagen, eine gemischte Kommission von römisch-katholischen und orthodoxen Theologen in den USA für die Klärung der Glaubensunterschiede zu bilden. Er sprach auch die Hoffnung aus, daß die Kirche von Griechenland an dem orthodoxen Dialog mit Rom bald teilnehmen werde. Andererseits erklärte er, er wolle als einer der Präsidenten des Weltrates der Kirchen dem Exekutivkomitee in Odessa vorschlagen, eine internationale Konferenz kirchlicher Führer über soziale (also nicht dogmatische) Fragen einzuberufen, denen die Kirche in der Welt zu begegnen habe („The Christian Century“, 29. 1. 64). Mit diesem Gedanken war eigentlich der frühere Vorschlag seines Ökumenischen Patriarchen durchkreuzt. Da Landesbischof D. Lilje noch vor der Abreise nach Odessa eine kritische Würdigung der Pilgerfahrt des Papstes nach Jerusalem mit dem Vorschlag schloß, der Initiative des Papstes mit der Einberufung einer „christlichen Gipfelkonferenz“ seitens des Weltrates der Kirchen zu begegnen („Sonntagsblatt“, 9. 2. 64), so war für Odessa ein Beschluß in dieser Richtung zu erwarten.

Das zeigte sich auch an der Begrüßung des Exekutivkomitees durch Erzbischof *Nikodim*, den Vertreter des Patriarchen von Moskau. Er umschrieb darin das orthodoxe und mit dem Fellowship-Gedanken des Weltrates teilweise übereinstimmende Verständnis von Kirche: „Die Russische Orthodoxe Kirche freut sich, die aufrichtigen Bemühungen und den guten Willen des Weltrates der Kirchen zu unterstreichen, der die bedeutende Aufgabe erfüllt, welche das heutige Leben allen Kirchen und christlichen Organisationen stellt. Wir hoffen sehr, daß durch Gottes Gnade die große Familie der Kirchen, die im Schoße des Weltrates miteinander in Gemeinschaft leben (communion), immer mehr die Wahrheit des Evangeliums bezeugen, seine brüderliche Einheit festigen und ohne Vorbehalte Jesus Christus, seinem Erlöser und Gott, in Liebe und Frieden dienen wird“ (vgl. „Réforme“, 22. 2. 64). Die Heraushebung der „Familie der Kirchen“, der „Gemeinschaft“ = Sobornost und der „brüderlichen Einheit“, das sind die Grundgedanken der Botschaft von Odessa, die wir mit Rücksicht auf ihre maßgebende Bedeutung für das weitere Gespräch über den Ökumenismus mit der römisch-katholischen Kirche im vollen Wortlaut (aber mit eigenen Zwischenüberschriften) nach dem von der Informationsabteilung des Weltrates veröffentlichten amtlichen Text (Opd, 20. 2. 64) wiedergeben. Für kundige Beobachter ergibt sich daraus, daß das Gutachten von Dr. Visser 't Hooft über den Weltrat der Kirchen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 72 ff.) in seinen Grundzügen angenommen worden ist. Bezeichnend ist die nur beiläufige Erwähnung der Begegnung von Papst Paul VI. mit dem Ökumenischen Patriarchen in Jerusalem (Punkt 3), das Schweigen über den Ruf des Papstes zur Rückkehr in Bethlehem und die Einladung an alle dem Weltrat nicht angehörenden Kirchen, also auch die römisch-katholische Kirche, dieser seiner als freiwillige Bruderschaft gekennzeichneten Gemeinschaft beizutreten (Punkt 12).

„Christliche Einheit — Zur gegenwärtigen Lage“

Das wohlüberlegte Dokument trägt die ebenso prinzipielle wie aktuelle Überschrift: „Christliche Einheit — Zur gegenwärtigen Lage“, d. h. zur Ökumenismusdebatte des Konzils, zu der für Ende Februar einberufenen Sitzung des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, das zur Überarbeitung des Schemas *De Oecumenismo* zusammentrat, und schließlich zu dem praktisch übergangenen persönlichen Ökumenismus des Papstes:

1. Ein neuer Abschnitt in der Geschichte der ökumenischen Bewegung hat begonnen — jener Bewegung, durch die Gott Sein Volk nach Seinem in Jesus Christus erklärten Willen sammelt. Zu Beginn dieses Jahrhunderts fingen einige Männer aus tiefster Überzeugung heraus an, zu verkündigen, daß die Einheit der Christen dringend notwendig sei, wenn die Kirche ihr wahres Wesen sichtbar machen und ihre Sendung erfüllen sollte. Allmählich machte sich der Einfluß der ökumenischen Bewegung im Leben der Kirchen, die bis dahin voneinander getrennt gewesen waren, bemerkbar. Heute anerkennen fast alle Kirchen die christliche Einheit als dringendes Gebot und bemühen sich aktiv um ihre Verwirklichung. Wir begrüßen besonders die Aufmerksamkeit, die die römisch-katholische Kirche dem ökumenischen Gedanken in den Beratungen des Zweiten Vatikanischen Konzils widmet.

„Eine Klärung nötig“

2. Als Antwort auf die Gebete der Christen vieler Konfessionen und als Ergebnis der raschen ökumenischen Entwicklung innerhalb der letzten Jahre verstehen heute mehr Menschen denn je zuvor, wie dringend die Forderung der Einheit ist, und das Interesse, das sie an den damit verbundenen Fragen zeigen, ist weitverbreitet. Gerade darum jedoch ist eine Klärung der hier auftauchenden Fragen noch nie so nötig gewesen wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Zweck dieser Verlautbarung ist es, einige Auffassungen darzulegen, die wir zum vollen Verständnis der auf dem Spiele stehenden Fragen für wesentlich halten. Wir richten sie an alle diejenigen, die sich, besonders in den Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen, Gedanken darüber machen, welches die nächsten Schritte sein sollen und wie wir von den gottgegebenen Gelegenheiten richtigen Gebrauch machen können.

3. Wir freuen uns, daß immer mehr persönliche Beziehungen hergestellt werden, sowohl unter führenden kirchlichen Persönlichkeiten als auch unter den Gliedern der verschiedenen Konfessionen. Wir denken dabei besonders an die Begegnungen zwischen führenden Vertretern von Kirchen, die bisher keinen Kontakt hatten, wie beispielsweise an die Begegnungen in Jerusalem, in Rom und anderen Orten. Durch den Kontakt zwischen Menschen, die einander als Brüder in Christus anerkennen, wird das wahre Wesen der ökumenischen Aufgabe mit ihrer herrlichen Verheißung und ihren verwirrenden Schwierigkeiten entdeckt. Auf diesem Wege werden grundlegende Mißverständnisse beseitigt, und es kann der Weg zur Versöhnung geöffnet werden.

4. Die wirkliche Krux des ökumenischen Problems bleibt die Frage der Beziehungen zwischen den Kirchen. Es ist die Frage, wie getrennte Kirchen sich im Dialog und in der Zusammenarbeit begegnen und in Richtung auf neue gegenseitige Beziehungen Fortschritte machen können. Alle sind gleichermaßen verpflichtet, die in Christus offenbarte Wahrheit zu bekennen. Wie können sie zusammenkommen und auf jene volle Einheit hinarbeiten, die sie nach dem Willen des Herrn in und gegenüber der Welt sichtbar machen sollen? Wir fühlen uns in diesem Zusammenhang genötigt, festzuhalten, was die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen aus der ökumenischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte miteinander über die Prinzipien und Methoden gelernt haben, die uns auf dem Weg zur Einheit leiten.

Die ökumenischen Prinzipien und Methoden

5. Es ist wesentlich, daß das Recht jeder Kirche, gegenüber dem Problem der kirchlichen Einheit ihre eigene besondere Auffas-

sung zu haben und zu entwickeln, voll anerkannt und geachtet wird. Im Jahre 1950 erklärte der Zentralaussschuß des Ökumenischen Rates: „Wenn eine Kirche Mitglied des Ökumenischen Rates ist, bedeutet das nicht, daß sie damit eine bestimmte Lehre über das Wesen der kirchlichen Einheit einnimmt“; und: „Innerhalb des Ökumenischen Rates ist Raum für die Ekklesiologie jeder Kirche, die bereit ist, am ökumenischen Gespräch teilzunehmen, und die sich die Grundlage des Ökumenischen Rates . . . zu eigen macht.“ Schließlich: „Wenn eine Kirche Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen ist, so bedeutet das nicht, daß sie ihre eigene Auffassung der Kirche relativiert“ [Statement von Toronto].

6. Nichtsdestoweniger ist es aber Kirchen, die eine unterschiedliche Auffassung von der kirchlichen Einheit haben und verschiedene Formen des ökumenischen Gedankens vertreten, gelungen, zu gewissen gemeinsamen Überzeugungen über die kirchliche Einheit und ihre gemeinsame ökumenische Aufgabe zu gelangen. Diese Überzeugungen haben seit 1948 ihren Niederschlag in verschiedenen Berichten der Vollversammlung und des Zentralaussschusses gefunden, und ganz besonders in der Toronto-Erklärung über „Die Kirche, die Kirchen und der Ökumenische Rat der Kirchen“ sowie in der Neu-Delhi-Erklärung zur Einheit. Wir heben die folgenden Punkte besonders hervor, weil sie uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderer Bedeutung zu sein scheinen.

7. Der Ausgangspunkt für die Beziehungen, die die Kirchen innerhalb der ökumenischen Bewegung pflegen, ist ihr gemeinsamer Glaube an Jesus Christus als Gott und Heiland, gemäß der Heiligen Schrift. Sie finden in diesem gemeinsamen Glauben ein Band der Gemeinschaft, das in realen und engen Beziehungen seinen Ausdruck finden muß.

Die Struktur des Weltrates

8. Im Ökumenischen Rat genießen alle Mitgliedskirchen die gleichen Rechte; alle nehmen an der Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien, gemeinsamer Erklärungen oder praktischer Beschlüsse, an der Wahl der Vorsitzenden oder Mitglieder der verantwortlichen Gremien teil. Die Gemeinschaft, die der Rat zu errichten sucht, verknüpft die Kirchen in multilateralen Beziehungen, eine Tatsache, die auch in der Struktur des Rates ihren Ausdruck gefunden hat. Jeder Kirche ist es freigestellt, im Bereich zwischenkirchlicher Beziehungen die von ihr gewünschte Initiative zu ergreifen, aber der Rat als solcher handelt nur auf Grund der gemeinsamen Zustimmung seiner Mitglieder.

9. Der Ökumenische Rat sucht daher, ein Gespräch innerhalb einer Gemeinschaft zu fördern, welche im Leben der Kirchen, die sich im Gebet und im praktischen Handeln zusammengeschlossen haben, zu einer neuen Erfahrung geworden ist. Diese Erfahrung hat zu einem Dialog zwischen Kirchen geführt, die einander als Kirchen anerkennen, denselben Herrn bekennen, an derselben Taufe und an der gemeinsamen Berufung zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes, teilhaben. Obwohl Kirchen vielleicht Vorbehalte gegenüber der ekklesiologischen Position anderer Kirchen haben, sind sie doch bereit, sich als Gleichberechtigte an diesem Gespräch zu beteiligen. Es ist ein Gespräch, in dem von allen erwartet wird, daß sie sowohl zuhören als auch sprechen, sowohl empfangen als auch geben, in dem die bestehenden Differenzen und Spannungen offen ausgetragen werden.

Gegenseitige Solidarität

10. Die Kirchen im Ökumenischen Rat glauben, daß die Mitgliedskirchen ihre gegenseitige Solidarität anerkennen, sich gegenseitig in der Not beistehen und in ihrem Zeugendienst für Christus, in ihrer Verkündigungs- und Missionsaufgabe unterstützen sollten, daß sie, wo immer möglich, auf Grund gegenseitiger Beratungen und Übereinstimmung, gemeinsam handeln und Zeugnis ablegen sollten. In der Frage des Proselytismus und der Glaubensfreiheit sind gewisse gemeinsame Prinzipien aufgestellt worden, die sich in zunehmendem Maße auswirken. Die Kirchen sind ständig bemüht, andere Hindernisse, die brüderlichen Beziehungen im Wege stehen, zu entfernen.

11. Die Kirchen im Rat sind schrittweise zu einer klareren Erkenntnis der Dinge geführt worden, die zur Manifestierung der Einheit notwendig sind, und haben ihrer gemeinsamen Überzeugung in dieser Frage in der *Neu-Delhi-Erklärung* zur Einheit wie folgt Ausdruck verliehen:

„Wir glauben, daß die Einheit, die zugleich Gottes Wille und seine Gabe an seine Kirche ist, sichtbar gemacht wird, indem alle an jedem Ort, die in Jesus Christus getauft sind und Ihn als Herrn und Heiland bekennen, durch den Heiligen Geist in eine völlig verpflichtete Gemeinschaft geführt werden, die sich zu dem einen apostolischen Glauben bekennt, das eine Evangelium verkündigt, das eine Brot bricht, sich im gemeinsamen Gebet vereint und ein gemeinsames Leben führt, das sich in Zeugnis und Dienst an alle wendet. Sie sind zugleich vereint mit der gesamten Christenheit an allen Orten und zu allen Zeiten in der Weise, daß Amt und Glieder von allen anerkannt werden und daß alle gemeinsam so handeln und sprechen können, wie es die gegebene Lage im Hinblick auf die Aufgaben erfordert, zu denen Gott sein Volk ruft.“

Diese Erklärung läßt die Frage nach der juristischen oder kanonischen Struktur der so vereinten Kirche offen, aber bei zahlreichen Gelegenheiten ist deutlich gesagt worden, daß die Mitgliedskirchen keine durch Uniformität oder eine einzige zentralisierte Verwaltungsbehörde gekennzeichnete Einheit suchen.

Einladung an alle Kirchen

12. Wir bekräftigen erneut diese Prinzipien, die das gemeinsame Leben des Ökumenischen Rates inspiriert haben, weil wir festgestellt haben, daß wir auf diese Weise zusammen der Einheit entgegengehen können. Wir glauben, daß wir so, „wie Er will und wann Er will“, zur vollen Einheit aller Kirchen in Jesus Christus, dem Haupt des Leibes, der Kirche, geführt werden.

Wir fordern die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates auf, in ihrem Leben an diesen Überzeugungen in allen Teilen der Welt festzuhalten und die großen Möglichkeiten, die Gott der ökumenischen Bewegung in dieser Generation gegeben hat, voll zu nutzen. Wir glauben, daß die Kirchen und ihre Gemeinden wie auch einzelne Christen die neuen Möglichkeiten des persönlichen Kontaktes, des offenen Gesprächs, des gemeinsamen Gebetes und der Zusammenarbeit mit Christen aller Konfessionen bei der Erfüllung gemeinsamer christlicher Aufgaben nutzen sollten. Wir laden die außerhalb unserer Mitgliedschaft stehenden Kirchen herzlich ein, zu erwägen, wie sie an solcher Gemeinschaft teilnehmen können. Da alle Kirchen eine große Verantwortung füreinander tragen und von der Erneuerung, die andere erfahren, lernen können, fordern wir sie dazu auf, immer mehr im Dienst an der Welt im Namen Christi, des Herrn aller, zusammenzuarbeiten.

Religionsfreiheit und Abrüstung

Die Tagung von Odessa hat in der Tagespresse viel von sich reden gemacht wegen mißverständlicher Äußerungen eines prominenten lutherischen Sprechers zur Frage der Religionsfreiheit. Dr. Frederick Nolde, Vorsitzender der „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“, hatte unter dem Titel Religionsfreiheit für die christlichen Kirchen im kommunistischen Bereich dieselbe Freiheit gefordert wie für die atheistische Propaganda, die neuerdings auf vollen Touren läuft (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 291 f.). Er hatte also die „geistige Koexistenz“ zwischen Christen und Atheisten nicht gefordert zugunsten einer kirchlichen Anerkennung des Atheismus, sondern zur Entlastung der Christen. Landesbischof D. Lilje hat sich dann nach seiner Rückkehr bemüht, diese Mißverständnisse im „Sonntagsblatt“ (1. 3. 64) auszuräumen (vgl. ds. Heft, S. 336).

Von nicht gerade überragender Bedeutung ist eine neue Erklärung zur Abrüstungsfrage, die den Mächten eine Reihe von praktischen Ratschlägen gibt und an manchen Stellen tatsächlich den Eindruck macht, daß sie sowjeti-

sche Parolen mehr berücksichtigt als die des Westens. Bemerkenswerter ist, daß der Exekutivausschuß dem Spendenaufwurf für den von der Weltmissionskonferenz in Mexiko City im Dezember 1963 beschlossenen Vier-Millionen-Fonds zur Ausbildung von Theologen für Afrika, Asien und Lateinamerika zustimmte (vgl. ds. Heft, S. 347) und das Budget des Weltrates für 1964 auf 871 000 Dollar und für 1965 auf 900 000 Dollar festsetzte.

Alle Mitglieder des Exekutivausschusses wurden nach Beendigung der Tagung mit einem Empfang durch den Patriarchen Alexius im Kloster Sagorsk bei Moskau geehrt. Am Sonntag, dem 16. Februar 1964, konnten einige der ökumenischen Kirchenführer, darunter der Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft, in Moskauer Kirchen predigen, wobei Erzpriester Vitalij Borovoj übersetzte.

„Keine Anerkennung des päpstlichen Primats“

Bemerkenswert ist, wie D. Lilje in dem Bericht im „Sonntagsblatt“ mit dem Titel: „Nach Odessa der Kirche wegen“ gewisse Akzente setzte. Er hob die Freude des Weltrates an der grundsätzlichen Zustimmung der römisch-katholischen Kirche zur „ökumenischen Welle“ hervor und sah darin eine Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit des Weltrates der Kirchen. „Aber eine echte Förderung“, so fügte er hinzu, „dieses Verlangens der Weltchristenheit nach Einheit ist nur dann möglich, wenn man den trennenden Fragen nicht ausweicht. Etwa der nach dem Primat des Papstes. Wohl keine dem Welt-rat der Kirchen angehörende Kirche würde bereit sein, diesen Primat als verbindlich anzuerkennen. Das alles ist weder neu noch unerwartet; neu aber war doch die atmosphärische Besonderheit, in der diese Aussagen getan werden.“ Man könne sich nur wundern, daß gerade in Deutschland die Frage erhoben wurde, ob nun die Zeit des Ökumenischen Rates vorbei sei, weil sich die Orthodoxen und die römischen Katholiken zusammengefunden hätten. „Es waren gerade die Vertreter orthodoxer Kirchen, die mit Schärfe verlangten, daß in der Frage des päpstlichen Primats der Weltkirchenrat sich deutlich und kompromißlos aussprechen sollte.“ Daß Patriarch Athenagoras von Konstantinopel das Zusammengehen mit dem Papst wünsche, sei bekannt, „aber die orthodoxen Kirchen sind nicht ohne weiteres bereit, hier Gefolgschaft zu leisten“.

Welche Auswirkungen diese Tagung des Weltrates der Kirchen in einem besonders kritischen Stadium der Russischen Kirche für diese selbst hatte, ist Gegenstand der folgenden Meldung.

„Der ökumenische Schafstall ist offen...“

Nicht weniger beachtlich ist der Generalakzent, den Albert Finet in seiner Wochenzeitung des französischen Protestantismus „Réforme“ (28. 2. 64) gibt. Sein Kommentar zur Tagung von Odessa hat die stigmatisierende Überschrift: „Der ökumenische Schafstall“. Finet meint, die Begegnung in Jerusalem und die Vereinigung von Odessa veranschaulichen zwei beispielhafte Haltungen in der Suche nach kirchlicher Gemeinschaft und Einheit. Paul VI. habe in Bethlehem von der Rückkehr in den „Schafstall“ gesprochen. „Das ist uns Protestanten wie eine Fischgräte im Hals steckengeblieben.“ Rom sollte doch zur Kenntnis nehmen, daß schon alle christlichen Gemeinschaften zueinandergefunden haben, nur Rom halte an seinem juristischen Begriff der Einheit fest. Um

das Wort Papst Pauls VI. „cum grano salis“ aufzugreifen, weist Finet darauf hin, daß der (ökumenische) „Schafstall“, in dem es keinen Zwang gibt, weit und geöffnet ist. Hier verlange man von niemandem, er solle auf etwas verzichten. Es genüge die Gewißheit, auf Grund der Taufe zu den Kindern Gottes zu gehören, denselben Glauben zu bekennen und miteinander zu arbeiten. Auch dieser Kommentar läßt keinen Zweifel an der Tendenz der Botschaft von Odessa.

Die Frage der Koexistenz von Religion und Atheismus vor dem Exekutivausschuß in Odessa

Vor dem Exekutivausschuß des Welt-rats der Kirchen in Odessa erstattete Dr. O. Frederick Nolde, Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, einen Bericht über die Haltung der CCIA zu der in Ausarbeitung befindlichen UN-Erklärung gegen die religiöse Intoleranz.

In der UN-Debatte über diesen Entwurf (vgl. ds. Heft, S. 327 ff.), teilte Dr. Nolde mit, habe der Experte der Sowjetunion darauf gedrungen, daß auch das Recht auf Freiheit von Religion zum Schutz der Atheisten klar formuliert werde. Dr. Nolde erklärte sich mit dieser Forderung einverstanden. Religions- oder Glaubensfreiheit stehe allen Menschen in der Gesellschaft zu, seien sie Atheisten oder Anhänger einer Religion. Dr. Nolde verdeutlichte, daß das Wort „Glaube“ hier auch beinhalte, daß diejenigen geschützt werden, die kein Religionsbekenntnis haben. Zugleich bestand Dr. Nolde aber auf der Anerkennung des Rechtes für alle Menschen, nicht nur ihre Religion oder ihren Glauben beizubehalten oder zu wechseln, sondern auch beides in der Gesellschaft sichtbar zu machen. Daraus folge notwendig Koexistenz und friedlicher Wettbewerb zwischen den verschiedenen Religionen und Glaubensüberzeugungen. Hierzu müsse die Freiheit sowohl der religiösen als auch der antireligiösen Propaganda durch Verfassung, Gesetz, Rechtsprechung und durch die Praxis des täglichen Lebens gewährleistet werden (Opd, 13. u. 27. 2. 64).

Der Exekutivausschuß stimmte über diese „Bemerkungen“ oder, wie sich Bischof Lilje ausdrückte, „gesprächsweisen Äußerungen eines der Stabsmitglieder des Ökumenischen Rates“ nicht ab und nahm sie nicht in seine Resolutionen auf. Nach dem Ökumenischen Pressedienst wurden sie vom Exekutivausschuß „in großen Zügen gebilligt“ (Opd, 27. 2. 64 bzw. „Sonntagsblatt“, 1. 3. 64). In der Tat konnte der Exekutivausschuß in Odessa nicht über eine Resolution abstimmen, in der die Forderung nach (der in der Sowjetunion nicht bestehenden) Freiheit der religiösen Propaganda und des öffentlichen Bekenntnisses der Religion enthalten ist. Die russischen Mitglieder des Weltrates, in deren Land die Gewissensfreiheit nach Praxis und Gesetz in einem ganz und gar antireligiösen Sinn aufgefaßt und gehandhabt wird (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 364 f.), hätten sie vermutlich zu Fall gebracht, um ihre Kirche und ihre Beziehungen zur Ökumenischen Bewegung nicht zu gefährden. Denn offensichtlich waren die Bemerkungen Dr. Noldes auf die innersowjetischen Verhältnisse gemünzt. Wie Bischof Lilje gegenüber Mißverständnissen über die Tagung in Odessa betonte, enthielten sie die Forderung gleicher Chancen für die christliche Religion in der geistigen Auseinandersetzung mit dem staatlich geförderten Atheismus (Opd, 27. 2. 64. Eine ausführliche Klarstellung zu der Planung

von Dr. Nolde gab Oberkirchenrat Erwin Wilkens vom Lutherischen Kirchenamt zu Hannover im „Evangelischen Pressedienst“, 28. 2. 64).

Der Frage, ob eine Initiative der Russischen Kirche vorlag, kann aus begrifflichen Gründen nicht nachgegangen werden. Jedenfalls könnte sich der Exekutivausschuß mit den Bemerkungen Noldes auf ein für die Russische Kirche und ihre Beziehungen zur Ökumenischen Bewegung gefährliches Parkett begeben haben mit dem Versuch, die Kirchen im kommunistischen Machtbereich und insbesondere die verfolgte Russische Kirche zu stützen. In der vom Exekutivausschuß in Odessa abgegebenen Zwölf-Punkte-Erklärung über die christliche Einheit und zur gegenwärtigen Lage heißt es ja: „Die Kirchen im Ökumenischen Rat glauben, daß die Mitgliedskirchen ihre gegenseitige Solidarität anerkennen, sich gegenseitig in der Not beistehen und in ihrem Zeugnisdienst für Christus, in ihrer Verkündigungs- und Missionsaufgabe unterstützen sollten...“

Unwillkürlich erhebt sich die Frage, ob den verantwortlichen Stellen im Weltrat ausreichende Informationen über die ideologischen Grundlagen der neuerlich wieder auf Hochtouren laufenden Religions- und Kirchenverfolgung in der Sowjetunion vorliegen. Friedliche Koexistenz zwischen Atheismus und Religion in der Sowjetunion ist ein frommer Wunschtraum, da die Religion als eine Erscheinung der im menschlichen Bewußtsein endgültig zu vernichtenden bourgeoisen Ideologie gilt. „Ihrem Wesen und Geist nach ist jede religiöse Lehre feindlich gegen alles Fortschrittliche und mit der Lehre und Ideologie des Kommunismus unvereinbar. Friedliche Koexistenz mit der Religion ist unmöglich.“ So schrieb erst kürzlich wieder die sowjetische Atheisten-Zeitschrift „Wissenschaft und Religion“ (Nr. 11, 1963, S. 6).

Dies ist nicht die private Meinung sowjetischer Atheisten, sondern eine Folgerung aus den Beschlüssen des Juni-Plenums des ZK der KPdSU, das sich eingehend mit der ideologischen Lage und den ideologischen Aufgaben in der Sowjetunion beschäftigt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 291 f.). Die allgemeine Tendenz dieses Plenums war es gerade gewesen, die Idee einer friedlichen Koexistenz auf ideologischem Gebiet zurückzuweisen und die ideologische Beeinflussung durch den Westen abzuwehren. Die Predigt einer friedlichen Koexistenz auf ideologischem Gebiet hatte Chruschtschow in seiner Rede die gefährlichste Waffe der bourgeoisen Propaganda genannt. Wenn man darauf einginge, würde man dem Feind die Möglichkeit geben, „alles, was uns teuer ist“, anzuschwärzen; der Verleumdung und der Verderbnis des Volksbewußtseins wären Tür und Tor geöffnet. Drohend hatte er sich gegen die „Agentur der bürgerlichen Ideologie unter uns“ gewandt, die als Agentur des Klassenfeindes diese schädliche These propagiere („Pravda“, 29. 6. 63).

Den Sowjetideologen dürfte es nicht entgangen sein, daß Dr. Noldes Bemerkungen vor dem Exekutivausschuß in Odessa über Koexistenz und friedlichen Wettbewerb zwischen Religion und Atheismus geeignet waren, jenen Kräften in der Sowjetgesellschaft Auftrieb zu geben, die die „friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet“ befürworten. Dr. Noldes Äußerungen in Odessa mag eine wohl überlegte Taktik zugrunde gelegen haben. Mit der Übertragung jener Begriffe aus dem politischen Lexikon der Sowjetunion auf das Gebiet religiösen und kirchlichen Lebens wurde aber ein wahrscheinlich unzureichender

Versuch einer dialektischen Umdrehung der sowjetischen Thesen gemacht. Diese Taktik kann für die Lage der Religion in der Sowjetunion ganz andere als die erhofften Folgen haben. Der Vorsitzende der Ideologie-Kommission beim ZK der KPdSU, L. F. Iljitschow, hatte sich schon in seinem Referat vor der November-Konferenz der Atheisten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 292) gegen die Taktik der ausländischen religiösen Zentren und Organisationen gewandt, die im Kampf gegen den Kommunismus und atheistischen Materialismus alle Mittel einsetzten, um die „religiöse Ideologie“ in der Sowjetunion zu unterstützen: Radio, Tourismus und die internationalen Verbindungen der religiösen Organisationen. Damit zielte er auch auf die Verbindungen der Russischen Kirche zur Ökumenischen Bewegung.

In der Sicht der Sowjetideologen und -politiker müssen demnach Noldes Bemerkungen in Odessa als „ideologische Diversion aus dem Arsenal der imperialistischen Propaganda“ erscheinen (Referat Iljitschows, in „Kommunist“, Nr. 1, 1964, S. 34). Man sollte andererseits im Westen sich immer dessen bewußt sein, daß ein Operieren mit den Begriffen „Koexistenz“ und „friedlicher Wettbewerb“ in der eigenen Öffentlichkeit mit ihrer Anfälligkeit für idyllische Wunschträume gerade jene Wirkungen hervorrufen kann — und hervorgerufen hat —, die diese Begriffe im sowjetischen Sinne bezwecken: Aufweichung und Unterhöhlung der westlichen Positionen.

Canterbury und Rom

Auch die unscheinbaren Symptome einer Klimaveränderung zwischen Rom und den anderen christlichen Gemeinschaften verdienen Beachtung. Es war bezeichnend, daß sich der Erzbischof von Canterbury, Dr. A. M. Ramsey, nicht durch das Ökumenismusschema beirren ließ, in welchem die Anglikaner keine eigene Berücksichtigung erfuhren (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 196 und 215). Am Vorabend der Abreise von Papst Paul VI. ins Heilige Land gab er die Einsetzung einer Theologischen Kommission der Kirche von England zur Überprüfung der Beziehungen mit Rom bekannt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 259). Diese Weichenstellung wirkte sich inzwischen bereits aus, nicht nur in dem Empfang des anglikanischen Erzbischofs von Jerusalem durch Papst Paul VI. am 6. Januar 1964 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 220), sondern neuerdings auch durch den Antrittsbesuch des neuen Apostolischen Delegaten für Großbritannien, Erzbischof Igino Cardinale, beim Erzbischof von Canterbury im Lambeth-Palace in London. Dieser Besuch erfolgte schon vier Tage nach dem liturgischen Empfang des Delegaten durch Erzbischof Heenan im Beisein des katholischen Episkopats von England in der Kathedrale von Westminster am 20. Januar 1964. An diesem Empfang waren auch der persönliche Vertreter des anglikanischen Primas von Canterbury zugegen, Rev. Frederick Crack, sowie der anglikanische Bischof von Southwark, Mervyn Stockhood. Das veranlaßte Msgr. Cardinale, der als guter Kenner der Anglikanischen Kirche gilt, in seiner Ansprache den nicht-katholischen Christen für den freundlichen Empfang bei seiner Ankunft in England herzlich zu danken und zu betonen, daß die Tür der Apostolischen Delegation jederzeit offen sei, ebenso wie die Tür seines Herzens. Denn der Heilige Vater habe eine besondere Liebe für „dieses Land“ (NCWC News Service, 27. 1. 64).

Indessen bleiben diese neuen Kontakte anglikanischer und römisch-katholischer Bischöfe nicht auf England beschränkt. Aus Adelaide, Australien, wird gemeldet, daß der ehemalige Erzbischof von Canterbury, Dr. Geoffrey Fisher, berühmt geworden durch seinen mutigen Besuch im Vatikan bei Papst Johannes XXIII. im Dezember 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 163 ff.), zusammen mit dem residierenden anglikanischen Bischof von Adelaide, T. T. Reed, an dem liturgischen Empfang teilnahm, der dem vom Konzil heimgekehrten römisch-katholischen Erzbischof Matthew Beovich in der Franz-Xaver-Kathedrale bereitet wurde. Erzbischof Beovich erinnerte bei dieser Gelegenheit in seiner Dankesrede an den ersten Besuch eines anglikanischen Primas seit 400 Jahren beim Papst und fügte hinzu: „Zweifellos wird eine Frucht des Konzils die höchst bedeutsame Frage der Einheit betreffen“ (NCWC News Service, 27. 1. 64). Bekanntlich war während der Debatte über das Ökumenismusschema auch die Frage einer Überprüfung der negativen Entscheidung Papst Leos XIII. über die anglikanischen Weihen

vorgeschlagen worden. Übrigens hatte Erzbischof Fisher unter dem Eindruck der Ersten Session des Vatikanischen Konzils zum Leidwesen vieler ökumenischer Führer ange-regt, den Weltrat der Kirchen aufzulösen und eine neue Gemeinschaft an seine Stelle zu setzen, der auch Rom an-gehören könne.

Die hier berichteten Kontakte haben natürlich auch eine ekklesiologische Tragweite. In der Kritik der Konzils-beobachter und manches Konzilsvaters am Ökumenismus-schema spielte eine große Rolle die Forderung, man solle auch die aus der Reformation hervorgegangenen christ-lichen Gemeinschaften als „Kirchen“ anerkennen. Es ist nicht leicht, einer solchen Forderung durch theologische Formulierungen zu entsprechen. Soweit sie möglich sind und in dem revidierten Schema erscheinen, werden sie jedenfalls durch derartige Begegnungen römisch-katholi-scher Autoritäten mit anglikanischen Bischöfen praktisch vorweggenommen, denn sie implizieren doch wohl eine De-facto-Anerkennung als „Kirchen“. Das sollte man vielleicht nicht übersehen.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Ist die Jugend Mitteldeutschlands kommunistisch?

Während der Vorbereitung und Durchführung des „VII. Parlaments der Freien Deutschen Jugend (FDJ)“, das vom 28. Mai bis 1. Juni 1963 in der Ost-Berliner Dynamo-Sporthalle stattfand, analysierte die FDJ-Führung u. a. auch die Ergebnisse der kommunistischen Jugenderziehung in den letzten Jahren. Zwar würdigten die offiziellen Partei- und FDJ-Sprecher in schönen Sätzen das „hohe sozialistische Bewußtsein und die gigantischen Anstren-gungen der Jugend beim umfassenden Aufbau des Sozial-ismus“, aber sie mußten andererseits auch eingestehen, daß ihre Erziehungsarbeit auf diesem Sektor bei weitem nicht die Ziele erreicht hat, die man sich gesteckt hatte.

Die Vorbereitungsarbeit für das VII. Parlament der FDJ, in deren Rahmen überall Gruppenversammlungen sowie Kreis- und Bezirksdelegierten-Konferenzen durchgeführt und die Leitungen neu gewählt wurden, war im Gegen-satz zu früheren Wahlkampagnen durch größere Freimüt-igkeit gekennzeichnet. Es gab nicht selten heiße Diskus-sionen. Mit harten Worten wurden von der Verbandsfüh-rung in aller Offenheit Mißstände angeprangert. Auch die Jugendlichen scheuten nicht vorsichtige Kritik. Sogar der Zentralrat der FDJ versuchte in seinen publizistischen Organen eine Aussprache über einige „heiße Eisen“ in Gang zu bringen.

In den verschiedenen Blättern der FDJ kam zum Aus-druck, daß die von Schule und Jugendorganisation geleis-tete politische Erziehungsarbeit mit untauglichen Mitteln betrieben wird und nur geringe Auswirkungen auf die Bewußtseinsentwicklung der Jugendlichen hat. Es wurde zugegeben, daß das oftmals noch bürgerliche Elternhaus sowie der Westen einen stärkeren Einfluß ausüben und daß insbesondere von Oberschülern und Studenten „so-zialistisches Bewußtsein“ nur geheuchelt wird, um beruf-lich besser voranzukommen. Ein beträchtlicher Teil der Jugend wird als politisch passiv und desinteressiert ein-geschätzt.

Es ist bezeichnend, daß im wesentlichen genau die gleichen Hauptmängel wieder zutage traten, die bereits Anfang 1961 in einem Politbüro-Beschluß der SED angesprochen wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 366 ff. und S. 503 ff.). Die mitteldeutsche Studentenzeitschrift „forum“ versuchte unter der Überschrift „Wer garantiert für geleistete Erziehungsarbeit?“ (Nr. 8, 1963) zur vor-jährigen Schulentlassung in einem relativ offeneren Beitrag zu ermitteln, mit welchem Bewußtsein die Jugend-lichen die Schule verlassen. Eine Umfrage bei Schul-direktoren und Lehrern ergab, daß sich keiner unter den Lehrkräften fand, der für die Resultate der politischen Erziehungsarbeit garantieren wollte. Bei dieser Befragung kamen u. a. folgende Meinungen zum Ausdruck:

„Natürlich werden nicht alle überzeugte Sozialisten. Es gibt noch viele Einflüsse, die außerhalb der Schule auf die Schüler einwirken... Ich glaube nicht, daß jemand bereit sein wird, die volle Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich kann nur sagen, daß ich in diesem Jahr mein möglichstes getan habe. Aber es gab noch andere Einflüsse. Denken wir nur an den westlichen Rundfunk... Es ist schwer dagegen etwas zu tun. Man könnte sich an die Eltern wenden, aber in solchen Fällen hören die Eltern selbst Westsender.“

Das „forum“ ließ jedoch diese Entschuldigungen nicht gelten, sondern fand heraus, daß die Erzieher in der Re-gel kaum etwas über die privaten Verhältnisse der Schüler wußten und politische Auseinandersetzungen häufig scheu-ten.

Skeptische Jugend

In einem Interview „Schluß, wenn's klingelt?“ veröffent-lichte die der SED nahestehende „Berliner Zeitung“ (25. 7. 63) u. a. folgenden Standpunkt des Schülers Manfred Niesel:

„Was uns die Schule in den vergangenen zehn Jahren lehrte, stimmte oft nicht mit der Wirklichkeit überein. Deshalb passe ich mich den Umständen an.“ Der Reporter der „Berliner Zei-tung“: „Wenn wir dich richtig verstehen, dann willst du zum Beispiel eventuelle Schwierigkeiten in deinem späteren Betrieb kritiklos hinnehmen?“ Manfred: „Ja, schließlich weiß ich nicht, ob all das, was wir bisher über den Sozialismus hörten, auch bei uns erreichbar ist.“ Ein anderer Schüler: „Ob wir später